

Baukonstruktion/Bauelemente

Bundeskabinett verabschiedet Gesetzentwurf zur EnEV 2014

Am 6.2.2013 hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf der novellierten Energieeinsparverordnung (EnEV 2014) beschlossen. Der Bundestag soll die Neuregelungen dann noch vor der Sommerpause beschließen, sodass die EnEV voraussichtlich Anfang 2014 in Kraft treten kann. Die EnEV 2014 sieht u.a. vor, dass bei Neubauten der Energiebedarf 2014 um 12,5 Prozent und 2016 nochmals um 12,5 Prozent gesenkt werden soll. Für den Gebäudebestand ist keine Verschärfung der Regelungen geplant. Die BID bewertet die geplante Verschärfung der energetischen Vorgaben für Neubauten als sehr kritisch. „Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Immobilienbranche ein stabilisierender Faktor in Deutschland. Höhere Neubauanforderungen bedeuten aber für alle Beteiligten weitere Kostensteigerungen.“

Außerdem ist davon auszugehen, dass besonders in den Ballungsgebieten zu wenig in den unteren Preissegmenten gebaut werden wird“, verdeutlicht Walter Rasch, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des BFW. Noch immer bestehe in Deutschland ein hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, der nur über den Neubau gedeckt werden könne. „Die Verschärfung der EnEV fördert hingegen den Neubau im hochpreisigen Segment, sodass sich die Wohnungssituation für Menschen mit mittleren oder kleinen Einkommen sowie für Rentner, Studenten und junge Familien zuspitzt“, so Rasch weiter.

Wirtschaftlichkeit

Energieeffizienz sei ein wichtiges und erstrebenswertes Ziel für die Immobilienwirtschaft, die hier in den letzten Jahren auch bereits Milliarden investiert habe. Aber alles habe seine Grenzen, denn steigende Anforderungen bedeuteten unweigerlich steigende Kosten. „Das Wirtschaftlichkeitsgebot ist ein maßgebliches Kriterium für Investitionen in energetische Maßnahmen. Bevor das Wohnen in Deutschland zum Luxus wird, muss es Alternativen zu den stetigen Verschärfungen geben“, fordert Rasch.

Die Politik müsse sich jetzt stärker denn je Alternativen oder neuen Konzepten öffnen und nicht ihre energiepolitischen Ziele maßgeblich zulasten der Immobilienwirtschaft abhandeln, mahnte der BID-Vorsitzende an. Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland ist ein Zusammenschluss aus den Verbänden BFW, BVI, DDI, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA. Mit der BID sind die wichtigsten Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft unter ein Dach getreten, um mit gebündelten Kräften gemeinsame inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite.

BID